

Wahlkampf 2003 in Baku: Favorit für das Präsidentenamt war Ilham Aliew. Als Ministerpräsident wurde er beim Tod des schwer kranken aserbaidischen Staatschefs automatisch zum Übergangspräsidenten. Doch Ilham Aliew verdankte seine Favoritenstellung nicht dem Amt des Ministerpräsidenten, sondern der Tatsache, dass er der Sohn des langjährigen Präsidenten Haidar Aliew ist. Fast achtzig Prozent der Stimmen waren dann das Ergebnis einer Wahl, die den demokratischen Mindeststandards nicht genügte. Auch jetzt werden Ilham Aliews Anhänger nicht müde, auf die positiven Eigenschaften hinzuweisen, die Vater und Sohn gemeinsam haben; es sind seine „Gene“, die Ilham Aliew für manche seiner Anhänger zum einzig denkbaren Nachfolger des Präsidenten machen. Und genau diese Tatsache, dass er der Präsidentensohn ist, verschärft den Widerstand einer Opposition, die sonst kaum etwas eint. Vehement klagen einige ihrer Führer die Errichtung einer „mittelalterlichen Monarchie“ an – ein Phänomen, das in der islamischen Welt kein Einzelfall ist.

Macht durch Vererbung

In einer Reihe von Staaten der so genannten Dritten Welt hat sich während der vergangenen Jahre ein Trend abgezeichnet: das Übertragen von politischer Macht durch Vererbung. In einigen Republiken ging die Herrschaft des Vaters auf den Sohn über, in anderen wird ein derartiger Übergang vorbereitet. In Abgrenzung zur

klassischen Monarchie werden im Folgenden jene Staaten als „dynastische Herrschaft“ bezeichnet, die als staatsrechtliche Republiken von einer Familiendynastie regiert werden. Dabei bleiben politische Dynastien wie die Nehru-Gandhi-Familie, die über drei Generationen indische Ministerpräsidenten stellte, oder die Familie Bandaraneike in Sri Lanka, dem früheren Ceylon, außer Betracht: Sie bestimmten zwar jahrzehntelang die Politik ihrer Heimatländer, mussten ihr politisches Mandat aber regelmäßig in freien und demokratischen Wahlen verteidigen und befanden sich zwischenzeitlich – nach verlorenen Wahlen – in der Opposition. Auch Nordkorea, wo der Präsident Kim Jong Il das Amt von seinem Vater, dem Revolutionsführer Kim Il Sung geerbt hat, ist ein Sonderfall. Das totalitäre kommunistische System verfügt über einen bizarren Familienkult, der längst religiöse Dimensionen erreicht hat. Eine Tendenz zur dynastischen Herrschaft bestand in den siebziger und achtziger Jahren auch in anderen kommunistischen Ländern. In Bulgarien fand dieser Versuch 1980 mit dem Tod von Ludmilla Schiwkowa, der Tochter des Partei- und Staatschefs Todor Schiwkow, ein abruptes Ende, während es in Rumänien 1989 der Sturz und die Hinrichtung des Diktators Nicolae Ceausescu war. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die vorgeblich ideologische Ausrichtung eines Regimes bei der Etablierung einer dynastischen Herrschaft keine Rolle spielt: Die Staatsparteien sind in diesen Fällen zum Instru-

ment eines immer unabhängiger regierenden Diktators geworden, was diesem ermöglicht, seine Familie in führende Positionen zu bringen, auch um seine persönliche Macht abzusichern. Ähnliches gilt für die Kontrolle über die Streitkräfte, bei denen nahe Familienangehörige oft eine wichtige Rolle spielen.

Dynastische Herrschaft scheint sich heute besonders im arabisch-islamischen Raum und in den islamischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu verbreiten. Sowohl in Syrien 2000 als auch in Aserbaidzhan 2003 übernahm ein Sohn die Machtposition des Vaters. Ein weiteres Beispiel ist das Regime Saddam Husseins im Irak, das 2003 durch die angloamerikanische Militärintervention gestürzt wurde: Saddam Hussein hatte im Rahmen der Kriegsvorbereitungen seinen Sohn Kusai offiziell zu seinem Nachfolger bestimmt. Die Präsidenten des Jemens, Libyens und Ägyptens bereiten ihre Söhne ebenfalls auf eine Amtsübernahme vor. Auch in Kasachstan scheint sich eine dynastische Herrschaft abzuzeichnen: Dass die Tochter des Präsidenten ihre eigene Partei gegründet hat, wird von der schwachen kasachischen Opposition als Vorbereitung zur präsidentialen Erbfolge verstanden.

Grundlagen der Macht

Die Entwicklung von dynastischer Herrschaft hat mehrere Ursachen. Während der Nahe Osten bis Anfang der siebziger Jahre von politischer Instabilität gekennzeichnet war, die zwischen 1952/53 und 1969 zum Sturz der prowestlich orientierten Monarchien in Ägypten, Tunesien, im Irak, im Jemen und in Libyen führte, sind die arabischen Regime seither auffallend stabil. Zur Stabilisierung der prowestlichen Regime im arabischen Raum hat der Rückgang des panarabischen Nationalismus nach der schweren Niederlage im Sieben-Tage-Krieg 1967 ebenso beigetragen wie die seit 1973 sprunghaft ge-

stiegenen Erdöleinnahmen, die direkt oder indirekt auch den ärmeren arabischen Regierungen zugute kamen. Darüber hinaus ist es selbst in einem so unruhigen Land wie dem Jemen den Sicherheitskräften unter dem seit 1978 amtierenden Präsidenten Ali Abdullah Saleh gelungen, die Opposition zu kontrollieren. Dabei spielt die Tatsache eine Rolle, dass die Präsidenten von Ägypten, Libyen und dem Jemen führende Positionen in der Armee übernommen und sich selbst an die Macht geputzt haben. In vielen arabischen Staaten herrscht Stabilität auch aufgrund eines funktionierenden Polizeistaates, der sich auf schlagkräftige Geheimdienste stützt. Die Effizienz eines solchen Unterdrückungsapparates hat sich zuletzt im Falle des Iraks gezeigt, dessen Regime erst durch die direkte militärische Intervention der amerikanischen Streitkräfte gestürzt wurde. Daneben ermöglicht der Erdölreichtum den Machthabern in Ländern wie Libyen und den Golfstaaten, das Wohlbefinden ihrer Bevölkerung nach dem Prinzip „Macht gegen Reichtum“ zu sichern. Weiterhin geht vom gemeinsamen Feindbild Israel eine regimestabilisierende Wirkung aus. Die Einschränkung von demokratischen Grundrechten beispielsweise wird oft mit dem Kampf gegen Israel begründet. Paradoxe Weise hat der radikale Islamismus eine ähnliche Funktion: So haben islamistische Terroristen mit ihren Attentaten die polizeistaatliche Repression in Ägypten legitimiert und damit die autoritäre Regierung Mubarak gefestigt. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in Libyen, Syrien, Algerien, Marokko, Jordanien, Saudi-Arabien sowie in den GUS-Republiken Usbekistan und Tadschikistan beobachten. In Marokko und Jordanien hat jedoch auch die religiöse Legitimation der Königshäuser bisher zur Neutralisierung der islamistischen Bedrohung beigetragen: Sowohl die jordanischen Haschemiten als auch

die marokkanischen Hasaniden führen ihre Abstammung auf den Propheten Mohammed zurück. Schließlich ermöglicht der Verweis auf die radikalen Islamisten den westlichen Regierungen, Menschenrechtsverletzungen ihrer arabischen Verbündeten zu ignorieren.

Die Stärke vieler arabischer Regime resultiert oft aus einer Schwäche der demokratischen Opposition. Die starke Stellung von Familienclans und Stämmen, die die Herausbildung eines homogenen Nationalbewusstseins und einer aktiven, geschlossen handelnden Zivilgesellschaft erschweren, wird oft als Grund für die Demokratisierungsresistenz der arabischen Staaten angeführt. Die politische Organisation der Stämme enthält jedoch auch Elemente, die für eine Demokratie förderlich sind. Dazu gehört das Streben nach Konsens genauso wie die Konsultation der Stammesmitglieder, zu der die Stammesführer verpflichtet sind. Im Einzelfall können Stammesführer auch abgesetzt werden.

Die „alternative Verfassung“

Der Einfluss des traditionalistischen Islam wird von vielen Autoren als Grund genannt für die – von der UNO 2002 im *Arab Human Development Report* konstatierte – ökonomische und gesellschaftliche Stagnation der arabischen Welt, die sich während der vergangenen drei Jahrzehnte eher durch Rück- als durch Fortschritte ausgezeichnet hat. Da die Trennung von Religion und Politik im arabischen Raum noch nicht erfolgt sei, müsse auch der Versuch, das politische und wirtschaftliche System zu modernisieren, fehlschlagen. Dafür sei die politisch-religiöse Doppelstruktur des Islam verantwortlich; eine moderne Wirtschaft sei aufgrund des Zinsverbotes nicht denkbar. Im politischen Raum könne ein demokratischer Diskurs, der prinzipielle Offenheit voraussetzt, nur schwer erfolgen, wenn wichtige Teilbereiche aufgrund der Reli-

Casablanca: Marokkos König Mohamed VI. hat in einer historischen Rede zur Eröffnung der Parlamentssession ein neues Familienrecht angekündigt, welches im Prinzip gleiche Rechte und Pflichten für Männer und Frauen vorsieht. Die Revision des Familienrechtes steht, laut Aussage des Königs, im Einklang mit Marokkos „tolerantem Islam“ und soll die Achtung der Menschenwürde der Frau sowie die Modernisierung der Gesellschaft fördern.

© dpa-Bildarchiv



gionsgesetze nicht hinterfragt werden dürfen. Die Legitimität politischer Herrschaft beruhe weniger auf der Zustimmung des Volkes als auf der Befolgung religiöser Gebote, die üblicherweise von der Ulema, der Gemeinschaft der islamischen Religionsgelehrten, bestimmt wird. So fungiere der Koran als alternative Verfassung, an der auch die Regierung gemessen werde.

Für die Machthaber reicht es in der Regel aus, die Zustimmung der Ulema zu erlangen, um ihre Herrschaft zu legiti-

mieren. Auch dadurch wird eine Trennung von Religion und Politik verhindert, zumal der Staat häufig versucht, die islamische Geistlichkeit einzubinden und zu kontrollieren. Das gilt selbst für die seit Jahrzehnten westlich orientierte Türkei. Die Revolution im Iran 1979 und der politische Islamismus haben den Einfluss der Religion auf die Politik noch verstärkt. So hat das säkular ausgerichtete Baath-Regime Saddam Husseins seit Beginn des ersten Golfkrieges 1980 im Kampf gegen den schiitischen Iran bewusst die islamisch-arabische Identität gefördert. Auch der saudische König nahm als Reaktion auf die Revolution im Iran den Titel eines Beschützers der heiligen Stätten von Mekka und Medina an. Selbst im gesellschaftspolitisch liberaleren Ägypten ist seit den siebziger Jahren eine Re-Islamisierung zu beobachten. Allerdings haben die Türkei und Malaysia, zwei Staaten der islamischen Peripherie, sich sowohl wirtschaftlich als auch politisch erfolgreich an modernen marktwirtschaftlichen Demokratien orientiert. Dazu gehören die weit reichenden politischen Reformen in der Türkei, die von der neuen Regierung des gemäßigten Islamisten Erdogan vorangetrieben werden.

Nützliche Erbfolge

Vor dem Hintergrund starker autoritärer Strukturen und schwacher demokratischer Kräfte entwickeln sich vorgeblich republikanische Regime zu dynastischen Herrschaften. Für die Machthaber in der islamischen Welt und ihre Anhänger hat ein Präsidentensohn als Nachfolger viele Vorteile. In Ländern, in denen die Familie eine sehr viel wichtigere Rolle spielt als in Westeuropa, wird die Übertragung politischer Macht vom Vater auf den Sohn in der Bevölkerung eher akzeptiert. Durch die religiöse Legitimation ihrer Herrschaft sind die Präsidenten weniger auf demokratische Strukturen angewiesen.

In den zentralasiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion spielt der Islam dagegen noch keine große Rolle. In den meisten arabischen Staaten trägt die Entfremdung zwischen Staatsgewalt und Bevölkerung zu einer allgemeinen Entpolitisierung bei. Begünstigt wird die dynastische Erbfolge auch durch den Kult der starken Männer wie König Hassan II. von Marokko oder die Präsidenten Gamal Abdel Nasser, Hafis al-Assad, Jassir Arafat oder Saddam Hussein. Darüber hinaus können sich Diktatoren, die durch Gewalt an die Macht gekommen sind und sich repressiver Mittel zum Machterhalt bedienen, oft nur auf ihren Familienclan bedingungslos verlassen.

Für die herrschenden Kreise ist die Wahrung ihrer Immunität ein weiterer Vorteil der präsidentialen Erbfolge. Bei einem Machtwechsel an der Staatsspitze besteht für sie immer die Gefahr, Einfluss und Vermögen zu verlieren, zumal diese oft das Ergebnis von Korruption und Machtmissbrauch sind. Die Machtübertragung vom Vater auf den Sohn minimiert diese Gefahr. Dabei wird die Macht- und Einflusskonstellation innerhalb der herrschenden Elite weitgehend beibehalten, was bei der Amtsübernahme durch einen Nachfolger außerhalb der engeren Familie nicht der Fall wäre. Das Netzwerk eines Präsidentensohnes ist mit dem seines Vaters eng verflochten. So können – wie in Syrien – viele altgediente Exponenten des Regimes zunächst ihre Positionen behaupten, was an die Praxis der arabischen Monarchien erinnert. Der neue Präsident kann sich einerseits auf bewährte Mitarbeiter stützen, andererseits damit rechnen, die oft noch zur Generation seines Vaters gehörenden Minister in absehbarer Zeit durch Personen seiner Wahl zu ersetzen.

Die Machtübertragung vom Vater auf den Sohn suggeriert Stabilität nach innen und außen. Das gilt sowohl für die Anhänger des Regimes als auch für den

Großteil der entpolitisierten Bevölkerung, die sich vor einer gewaltsamen politischen Veränderung fürchtet. Auch für das Ausland ist die Erwartung von Kontinuität – neben dem Prinzip der Nichteinmischung – ein zentrales Argument, die Errichtung einer dynastischen Herrschaft zu unterstützen. So bleiben die bekannten Gesprächspartner und etablierten Beziehungen erhalten. Mit Blick auf strategische Rohstoffe ist dieses ein wichtiges Element der amerikanischen Politik gegenüber den Golfstaaten. Besonders die Kontrolle über Erdölvorkommen stärkt die Verhandlungsposition eines Regimes gegenüber einflussreichen internationalen Akteuren. Für den aserbaidschanischen Ministerpräsidenten Ilham Aliew, der zum Nachfolger seines Vaters, des Präsidenten Haidar Aliew, gewählt wurde, legte seine Tätigkeit als Vizepräsident der aserbaidschanischen Erdölindustrie die Grundlage für die Erbfolge. In dieser Position konnte er die nötigen Kontakte mit führenden amerikanischen und russischen Regierungsvertretern knüpfen. Die Einnahmen der Erdölindustrie ermöglichen dem Regime, Unterstützung für den Präsidentensohn bis weit in die Reihen der Opposition zu sichern.

Stabilität geht vor Demokratie

Um regionale Instabilität zu vermeiden, die ein Regimewechsel hervorzurufen droht, sind Nachbarstaaten und internationale Akteure in geopolitisch sensiblen Regionen oft bereit, die Errichtung einer dynastischen Herrschaft zu akzeptieren. Da ein autoritäres Regime in der Regel nur gewaltsam gestürzt werden kann, kann nicht einmal eine demokratische Opposition mit Unterstützung aus dem Westen rechnen. In den GUS-Staaten sind das Fehlen einer starken Opposition und der Einfluss der ehemaligen kommunistischen Einheitspartei, die heute als nationale, zentristische oder gemäßigt islamische Staatspartei firmiert und auf einen

funktionsfähigen Apparat zurückgreifen kann, die Basis für eine dynastische Herrschaft. So waren die Präsidenten von Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 die kommunistischen Partei-Führer ihrer Länder, während die Präsidenten von Tadschikistan und Aserbaidschan ihre Machtübernahme in bürgerkriegsähnlichen Wirren primär ihrer ehemaligen Führungsrolle in der sowjetischen KP verdanken.

Mogelpackung Republik

Obwohl in Syrien und Aserbaidschan auf die „genetische Befähigung“ der Präsidentensöhne hingewiesen wird, unterbleibt der Versuch, auch staatsrechtlich eine Monarchie zu errichten. Beide Staaten halten an der Republik fest. In Aserbaidschan wurde zwar 1998 versucht, mit Hilfe der Gründung einer Monarchie-Partei die Herrschaft der Familie Aliew zu sichern. Danach sollte der langjährige Präsident Haidar Aliew zum Khan einer konstitutionellen Monarchie werden. Dieser Versuch scheiterte jedoch mangels Unterstützung von Seiten der Bevölkerung. Auch in arabischen Staaten wie dem Jemen oder Libyen blieb der Rückgriff auf durchaus vorhandene monarchische Traditionen bisher aus. Ein Grund dafür ist der Umstand, dass führende Vertreter der legitimen Königsdynastien in Opposition zum herrschenden Regime stehen oder Exilbewegungen gegründet haben, die einen gewaltsamen Machtwechsel anstreben. Darüber hinaus sind es die jetzigen Machthaber wie der Libyer Gaddafi und der Jemenit Saleh, die die Monarchie in ihren Ländern gestürzt haben oder an ihrem Sturz beteiligt waren. Die damalige ideologische Festlegung erschwert heute die Etablierung der eigenen Familie als neue Königsdynastie. Das Beispiel der vom panarabischen Volkshelden Gamal Abdel Nasser geführten „freien Offiziere“, die in Ägypten 1952

König Faruk stürzten, wirkt in der arabischen Welt ebenso nach wie die islamische Revolution 1979 im Iran. Der Machtwechsel vom Vater auf den Sohn muss durch Wahlen oder Volksabstimmungen legitimiert werden. Der weltweite Erfolg der Demokratie ist so groß, dass auch Diktaturen auf Requisiten wie Referenden oder Wahlen nicht verzichten können. Da Demokratie oft mit der Republik identifiziert wird, gilt die Monarchie als nicht mehr zeitgemäß. So verwendete die aserbaidische Opposition die Behauptung, die Familie Aliew beabsichtige die Errichtung einer Erbmonarchie, als zentrales Argument im Wahlkampf gegen den Präsidentensohn und Premierminister Ilham Aliew. Daher ist es unwahrscheinlich, dass sich eine dynastische Herrschaft in absehbarer Zeit auch staatsrechtlich in eine Erbmonarchie verwandeln wird.

Dynastie und Demokratie

Die Schwäche der Opposition, die Angst vieler Regimeanhänger vor internen Machtkämpfen, schlagkräftige Sicherheitsorgane und die Akzeptanz durch wichtige internationale Akteure werden vermutlich dazu führen, dass sich die dynastische Herrschaft im arabischen Raum und den islamischen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion nicht nur behaupten, sondern noch ausbreiten kann. Der gelungene Machtwechsel in Syrien vom Vater auf den Sohn trägt zu dieser Entwicklung bei. Ähnlich stilbildend könnte Aserbaidschan auf die islamischen GUS-Republiken wirken. Diese Länder lassen keine Demokratisierung erwarten, da die dynastische Herrschaft dem Wunsch der wichtigsten Regimestützen entspricht, die bestehenden Verhältnisse zu bewahren.

Im Gegensatz zur dynastischen Herrschaft verfügen die traditionellen Monarchien über Legitimitätsreserven, die es den Königen und Emiren in Marokko,

Jordanien, Bahrain, Katar und Kuwait in den vergangenen Jahren erlaubt haben, eine Demokratisierung einzuleiten. Sogar im traditionalistischen Saudi-Arabien zeigen sich inzwischen Tendenzen einer Liberalisierung. Ähnliche Fortschritte lassen sich nur noch im Libanon und im Jemen beobachten. Zwar werden auch die zu Nachfolgern bestimmten Präsidentensöhne oft als moderner und liberaler als ihre Väter dargestellt, als künftige Herrscher, die dem Wunsch nach Veränderung einer zahlenmäßig starken Jugend Rechnung tragen, die weniger steif als ihre Väter auftreten und sich offen für neue Entwicklungen geben. Die Entwicklung in Syrien seit dem Antritt des Präsidenten Baschar al-Assad ist jedoch ernüchternd. Die erhoffte Liberalisierung blieb aus; das Regime setzt unvermindert auf Repression.

Monarchen, die Macht abgeben, verlieren nicht notwendigerweise ihren Thron, wie der Blick auf die konstitutionellen Monarchien Europas zeigt. Vielmehr eröffnet sich den arabischen Monarchen die Chance, durch eine langfristige Demokratisierung die Herrschaft ihrer Familie auf Dauer zu sichern. Für einen dynastischen Präsidenten bedeutet eine substanzielle Machtabgabe immer die akute Gefahr eines vollständigen Machtverlustes. Deshalb kann unter den Präsidentensöhnen wie dem Libyer Saif-ul-Islam oder dem aserbaidischen Ministerpräsidenten Ilham Aliew nur mit einer oberflächlichen Liberalisierung gerechnet werden.

Darüber hinaus ist zu befürchten, dass sie sich wie der syrische Präsident Baschar al-Assad mit einer aggressiven Außenpolitik zu profilieren versuchen. So muss damit gerechnet werden, dass die dynastische Herrschaft in manchen arabischen und zentralasiatischen Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts sowohl für die regionale Stabilität als auch für die Demokratie eine ernst zu nehmende Herausforderung darstellt.